Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,000.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 39 Mk. mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 311. Freitag den 7. November 1879. 73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

An den hiesigen Volksschulen sind nächste Ostern **20 provisorische Lehrerstellen** zu besetzen, mit denen bei **26 wöchentlichen** Unterrichtsstunden ein jährlicher Gehalt von 1500 ℳ verbunden ist. Bewerber, welche die Wahlfähigkeitsprüfung bestanden haben, wollen Gesuche und Zeugnisse über die Candidaten- und Wahlfähigkeitsprüfung, sowie über die Amtsthätigkeit **bis zum 30. November d. J.** bei uns einreichen.

Leipzig, am 3. November 1879.

Der Schulausschuß.
Dr. Panitz. Lehnert.

Versteigerung von Bauplätzen.

Das der Stadtgemeinde Leipzig gehörige, zwischen der Canalstraße, Frankfurter Straße, den angrenzenden Grundstücken der Letzteren und dem Elstermühlgraben belegene **Areal des sogenannten Ochsenbandes** soll in **4 Bauplätze**

Nr. 2 von 624 qm. = 1946 □-E.
„ 3 „ 571 „ = 1780 „
„ 4 „ 675 „ = 2105 „
„ 5 „ 996 „ = 3106 „
} Flächengehalt

eingetheilt

Donnerstag, den 20. November d. J. von 10 Uhr Vormittags an

im **großen Saale der Alten Waage, Katharinenstraße Nr. 29, 2. Etage, zum Verkaufe versteigert** werden.

Der Versteigerungstermin wird pünctlich zur angegebenen Stunde eröffnet und die Versteigerung bezüglich eines jeden der ausgebotenen 4 Bauplätze geschlossen werden, wenn darauf kein weiteres Gebot mehr erfolgt.

Die Versteigerungsbedingungen und der Parzellirungsplan liegen in unserem Bauamt, Tiefbauverwaltung (Rathhaus, 2. Etage) zur Einsichtnahme aus und sind daselbst auch Exemplare des autographirten Parzellirungsplanes und der Versteigerungsbedingungen gegen Bezahlung von 50 Pfennigen zu erhalten.

Leipzig, den 30. October 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cerutti.

Bekanntmachung.

Die zum Neubau der **heiligen Brücke** erforderlichen **Zimmer-** und **Schmiedearbeiten** sollen an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen bei unserer Tiefbau-Verwaltung Rathhaus Zimmer Nr. 18 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

Zimmer- und Schmiedearbeit für den Neubau der heiligen Brücke

versehen ebendaselbst und zwar

bis zum 13. November l. J. Nachmittags 5 Uhr

einzureichen.

Leipzig, am 4. November 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wangemann.

Bekanntmachung.

Dem Universitäts-Rentamte sind heute mittelst anonymer Zuschrift vom 31. October d. J. für das **Taubstummen-Institut** allhier

eine Schuldverschreibung der **Buschtiehrader Eisenbahn** vom 3. August 1868 über 100 ℔ = 300 ℳ und
eine dergleichen der **Aussig-Teplitzer Eisenbahn-Gesellschaft** vom 1. Juni 1874 über 100 ℔ = 300 ℳ nebst Talons und Coupons

als Vermächtniß einer kürzlich verstorbenen Dame, welche nicht genannt sein will, zugegangen.

Indem das Rentamt den Empfang dieser Werthpapiere hiermit bestätigt, spricht dasselbe der edlen Spenderin zugleich den wärmsten Dank dafür aus.

Leipzig, am 5. November 1879.

Universitäts-Rentamt.
Graf.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 6. November.

Es kann schon jetzt als feststehend betrachtet werden, daß nur eine Minderheit des **preußischen** Abgeordnetenhauses gegen die **Eisenbahnvorlagen** grundsätzlichen Widerspruch erheben wird. Die Conservativen, die Mehrheit der Nationalliberalen und vom Centrum wenigstens ein Theil sind im Princip der Verstaatlichung der Eisenbahnen nicht abgeneigt. Dabei aber verkennen auch die Freunde der Vorlagen keineswegs die großen Bedenken und Gefahren. Dieselben liegen einmal in der ausschließlichen Verfügung des Ministers über die Tarife. Der Minister könnte mittelst der Tarife auf das Gebiet der Handelspolitik fast unumschränkt einwirken oder auch die rein finanzielle Seite des Tarifwesens unbillig in den Vordergrund stellen, namentlich so lange ein Reichstarifgesetz nicht erlassen ist, und auch ein solches könnte nicht jeden Mißbrauch ausschließen. Dieser Gefahr könnte dadurch begegnet werden, daß dem Landtag eine größere Einwirkung als bisher bei Ordnung der Tarife gewährt würde, daß nur im Einverständniß mit dem Landtag die allgemeinen Tarifnormen festgestellt würden, und die wegen der wechselnden Verkehrsbedürfnisse erforderlichen Abweichungen von den Normaltarifen unter Mitwirkung von Eisenbahnräthen, insbesondere eines Central-Eisenbahnraths angeordnet werden müßten. Ein zweites Bedenken entsteht aus der Gefahr einer übermäßigen Centralisation der Verwaltung und einer daraus entspringenden ungenügenden Berücksichtigung der Interessen der Provinzen. Es scheint daher nothwendig, daß eine neue Organisation in der Verwaltung der Staatseisenbahnen, entsprechend der großen Ausdehnung derselben, ins Leben gerufen wird, und zwar in der Richtung, daß die großen provinziellen Behörden, Eisenbahndirectionen, ebenso wie die Betriebsämter mit fest geregelten, ihnen ausschließlich zustehenden Befugnissen ausgerüstet werden, für deren Handhabung sie selbst die Verantwortlichkeit tragen. Es würde sich sehr empfehlen, wenn der Minister schon jetzt ein solches neues Verwaltungsreglement vorlegte. Das hervorragendste Bedenken entspringt aber wohl aus der finanziellen Seite der Angelegenheit. Es wird sehr genau zu prüfen sein, ob die mit den Eisenbahngesellschaften vereinbarten Kaufbedingungen den Interessen der Staatsfinanzen überall entsprechen. Die Volksvertretung wird bei der großen Belastung des Staats mit neuen Consols auf Vorlegung eines Amortisationsplans dringen müssen. Die Gefahr großer Schwankungen in den Staatseinnahmen, welche schon jetzt bei dem bedeutenden Staatsbesitz an Bergwerken und Forsten schwere Nachtheile mit sich bringen, wird durch den Erwerb der Eisenbahnen offenbar stark vermehrt. Eine gute Finanzpolitik darf daher die Einnahmen von den Eisenbahnen in guten Jahren nur bis zu einer bestimmten Höhe für die laufenden Staatsbedürfnisse verwenden, der Ueberschuß aber muß zum Erwerb von Consols und Staatsobligationen benutzt werden, welche bis zu einem bestimmten Betrag die Mindererträge schlechter Jahre ausgleichen oder bei dauernden Mehrerträgen zur Schuldentilgung verwendet werden sollen. Da der Minister durch seine Vorlagen beim Bundesrath schon mehrfach zu erkennen gegeben hat, daß er eine ausschließliche Verfügung über das Tarifwesen gar nicht beanspruche und den Weg des Gesetzes bezw. der Zuziehung von Vertretungskörpern bei Feststellung der Tarife nicht ablehne, bei den gegenwärtigen Verhältnissen es auch ohnehin der Regierung kaum erwünscht sein kann, die ausschließliche Verantwortung zu tragen, so kann man hoffen, daß diese oder ähnliche Vorsichtsmaßregeln und Bürgschaften bei der Staatsregierung nicht auf unüberwindlichen Widerstand stoßen werden.

Wie alljährlich, beginnen auch in diesem Herbste die **Landtagsverhandlungen** in **Berlin** in etwas langsamem und anscheinend schwerfälligem Tempo. Das Herrenhaus war durch die jetzt glücklich beendete Generalsynode behindert und im Abgeordnetenhause wird erst die für den Freitag angesetzte erste Lesung des Etats Zug und Leben in die Arbeiten bringen, die dann mit nachhaltiger Energie bis Weihnachten fortgeführt werden müssen, wenn einigermaßen dem für die erste Hälfte der Session gegebenen Programme entsprochen werden soll. Bei der Generaldebatte über das Budget werden wieder die alten bekannten Redner auftreten, von der Linken wohl besonders Miquel, dann Rickert und ohne Zweifel auch Eugen Richter, trotz seiner entschiedenen Weigerung, sich diesmal in die Budgetcommission wählen zu lassen, in der seine Fraction durch Hänel und Virchow vertreten ist. Richter will sich, wie zu erwarten stand, speciell den Eisenbahn-Vorlagen widmen und wird selbstverständlich auch in die Commission gewählt, der dieselben zur Vorprüfung überwiesen werden. Wie seine Thatkraft und Arbeitslust nicht bei dem Gedanken erlahmt, daß er für eine bereits verlorene Sache kämpfe, hat er im Frühjahr bei dem Ringen um die Zollreform unwiderleglich bewiesen. Wenn die große Etatsdebatte beendet und der Etat selbst in einer größeren Ausdehnung, als es seit vielen Jahren üblich, nach dem bereits feststehenden Beschlusse der Fractionen an die Budgetcommission gewiesen ist, wird man mit der Eisenbahn-Vorlage beginnen, die in Gemäßheit der mit den einzelnen Bahnen abgeschlossenen Verträge vor dem 1. Januar 1880 erledigt sein muß. Alle übrigen eingebrachten oder noch einzubringenden Gesetzentwürfe können bis nach den Weihnachtsferien vertagt werden, wo dann voraussichtlich noch ein gutes Stück der Etatsarbeit gethan werden muß. Dies geht auch aus der Anordnung hervor, welche die Führer der Parteien im Abgeordnetenhause über die geschäftliche Behandlung des Etats in einem Antrage vereinbart haben. Nach demselben sollen der Budgetcommission sämmtliche größere Specialetats, das ganze Extraordinarium überwiesen und das Ordinarium der übrigen Specialetats der Plenarberathung unterzogen werden. Außerdem sollen die beiden Gesetzentwürfe über die Verwendung der Reichssteuern und Deckung der Ausgaben für 1. April 1878/79 in der Budgetcommission berathen werden. Vom kommenden Freitag bis zu den Weihnachtsferien hat der Landtag nur gerade sechs Wochen für seine Berathungen.

Es ist bemerkt worden, daß in **Preußen** das von verschiedenen Polizeibeamten bei vorläufigen (d. h. ohne Auftrag vorgenommenen) **Verhaftungen** beobachtete Verfahren, nach welchem der Festgenommene bis nach Eingang der Verfügung des Staatsanwalts in polizeilicher Verwahrung behalten wurde, nicht den gegenwärtig geltenden gesetzlichen Bestimmungen entspricht. In Gemäßheit des §. 128 der deutschen Strafproceßordnung sind deshalb alle Hülfsbeamten der Staatsanwaltschaft angewiesen worden, jeden vorläufig Festgenommenen **unverzüglich** dem Amtsrichter des Bezirks, in welchem die Festnahme erfolgt ist, unter gleichzeitiger Uebersendung der Anzeige und eventuell der aufgenommenen Verhandlungen vorzuführen.

Die nunmehr geschlossene altpreußische Generalsynode kann sich höchstens das Eine nachrühmen lassen, daß sie die Masse der Geistlichkeit mit dem durch Falk und Herrmann eingeführten Verfassungsleben ausgesöhnt hat. Das ist immerhin Etwas. Eine Landeskirche, deren zeitweiliger Gestaltung die große Mehrheit ihrer Beamten und hauptsächlichen Träger feindlich oder auch nur mißtrauisch gegenübersteht, trägt einen Keim der Zerstörung in sich. Wenn dieser jetzt ein- für allemal ausgetilgt sein sollte, werden Alle, denen der Fortbestand der evangelischen Landeskirche als einer großen sittlichen Anstalt nicht etwa ganz gleichgültig ist, sich Dessen freuen müssen. Aber der dafür zu zahlende Preis ist freilich hoch. Bei der neuen Trauordnung, in Betreff der wiedereinzuführenden Kirchenzucht, in den Beschränkungen der freien Pfarrerwahl, in dem versuchten Druck auf die theologischen Facultäten und Anderem sind Anschauungen zur Geltung gekommen, mit denen die heutige gebildete Welt Mühe hat sich auseinander zu setzen. Nicht der Gesammtgeist der Kirchengenossen, sondern nur das Bewußtsein des aristokratisch und conservativ denkenden sowie des zurückgebliebeneren Theils derselben findet in den Beschlüssen der Synode seinen Ausdruck — das platte Land allenfalls, aber nicht die Städte, und auch jenes nicht einmal in solchen Provinzen wie Sachsen und Rheinland. Der Oberkirchenrath, der seine Pflicht, für alle Theile gleichmäßig zu sorgen, nicht ganz außer Augen gesetzt hat, mußte deshalb verschiedene empfindliche Schlappen hinnehmen und konnte zuletzt die Verständigung immer nur durch große Nachgiebigkeit erreichen, wenn man von seinem ursprünglichen wohlerwogenen Standpunct ausgeht. Da jedoch der Führer der maßgebenden Partei, Hofprediger Kögel, jetzt selber im Oberkirchenrath sitzt, so gestaltete sich die Sache noch etwas anders und bedenklicher. Dieser ehrgeizige und fähige Mann nämlich hat seine Doppelstellung als Parteiführer in der Kirchenvertretung und als Mitglied des Kirchenregiments offenbar benutzt, um in letzterem gleichfalls tonangebend zu werden. Der neue Generalsynodalvorstand wird ihm hinfort helfen, die Brückner, von der Goltz, Richter u. s. f. mit ihren gemäßigteren und mehr auf Vermittelung gerichteten Ideen in den Hintergrund zu schieben. Das ist praktisch genommen wohl das schlimmste Resultat der Generalsynode. Eine von Herrn Kögel beherrschte Landeskirche ist schwerlich schon über die Region der mit Untergang drohenden Riffe und Stürme hinaus. Die Landpastoren sind jetzt zwar befriedigt, aber allen etwas selbstbewußteren und freisinnigeren Gemeinden ist thatsächlich der Krieg erklärt. Man wird denselben füglich nicht gleich auf der ganzen Linie eröffnen, sondern mit einer nach der anderen anbinden, wie die Gelegenheit sich ergiebt, um desto sicherer mit den vereinzelten Gegnern fertig zu werden; aber das letzte Ergebniß wird nur um so trauriger sein. Was die maßgebenden Personen im Schilde führen, beweist ihre Behandlung der Linken. Nicht nur im Generalsynodalvorstand, auch in dem zahlreichen Generalsynodalrath ist dieselbe unvertreten geblieben, ungeachtet ihre Zahl ihr auf zwei Plätze Anspruch gegeben hätte. Bei der Frage der Simultanschulen wurde ihr sachmännisches Mitglied, der Stadtschulrath von Danzig, nicht zum Worte gelassen. Die Absicht ist klar: die kirchlichen Liberalen sollen nach wie vor als rechtlos hingestellt, mit systematischer Mißachtung behandelt, so viel wie möglich aus der Kirche hinausgedrängt werden, damit die ungebildete Masse — dieser „kirchliche Rohstoff", wie der bekannte kleine mecklenburgische Papst Kliefoth sie einmal bezeichnete — von den Orthodoxen und Halborthodoxen allein sich theologisch bearbeiten lassen müsse.

Die „Daily News" brachten vor Kurzem die Meldung, daß sich eine Deputation der „Evangelischen Allianz" nach Wien begeben werde, um beim Kaiser von **Oesterreich** wegen Bedrückung evangelischer Glaubensgenossen in Böhmen Beschwerde zu führen. (Die Deputation ist inzwischen in Wien eingetroffen.) Im Schoße der böhmischen Landeskirche evangelischer Confession wird nun gegenüber diesen Bestrebungen eine Erklärung vorbereitet, des Inhaltes, daß die Landeskirche ganz entschieden allen auswärtigen Agitationen auf kirchlichem Gebiete entgegentreten müsse, die auf der einen Seite jedes Grundes entbehren, auf der anderen Seite der evangelischen Kirche mehr schaden als nützen. — Die Errichtung einer selbstständigen czechischen Universität in Prag soll bereits eine fest beschlossene Thatsache sein und man gedenkt dieselbe schon mit October 1880 zu eröffnen. Die jetzige Universität wird nämlich in eine deutsche und eine czechische getheilt werden, derart, daß jede ein einheitliches Ganzes bildet und unabhängig von der anderen ist. Die czechische Universität erhält ihre autonomen Facultäten und ihren selbstständigen akademischen Senat, nur der Rector magnificus soll für beide Hochschulen gemeinschaftlich sein und jährlich alternirend einmal von der deutschen und einmal von der czechischen Universität gewählt werden.

In **Oesterreich** hat man zu den friedlichen Gesinnungen Italiens kein Vertrauen, trifft vielmehr gegenwärtig schon Vorbereitungen zur Abwehr künftiger Angriffe von dieser Seite. Gegenwärtig wird die Grenze Südtirols durch 16 größere und kleinere gut ausgerüstete Festungswerke gedeckt. Einige dieser Werke sind nach ganz modernem Stile in die Erde versenkte Redouten, welche eventuell als Kernwerke für im Bedarfsfalle rasch zu errichtende passagere Befestigungen dienen können. Das letztvollendete Werk ist die Thalsperre bei Sardaro in den Giudicarien, für welche jedoch die Armirung erst beschafft werden soll. Gegenwärtig ist der Geniechef des Innsbrucker Militair-Commando, Generalmajor Ritter v. Keil, an zwei Puncten mit ausgedehnten Befestigungsarbeiten beschäftigt, auf dem zwischen Torbola und Riva sich erhebenden Monte Brione, wo die Straße von Roveredo an den Gardasee beherrschende Befestigungen angelegt werden, und in dem Thale von Primar, welches seine militairische Bedeutung den hierselbst nach Venetien führenden Uebergängen verdankt und das schon jetzt durch eine Chaussee mit Fleims verbunden ist.

In **Irland** scheinen der englischen Regierung erhebliche Schwierigkeiten zu erwachsen. Die alte dortige Agrarbewegung hat sich noch keineswegs beruhigt, nimmt vielmehr von Tag zu Tag größere Ausdehnung an. Neben den Massenmeetings, auf welchen offen zur Empörung und zur Losreißung Irlands von Großbritannien aufgefordert wird, geht die geheime Verschwörung her, und man weiß, daß die Bewegung von den Iren in Nordamerika mit Geld unterstützt wird, daß insbesondere von Boston 50,000 Pfund Sterling zu diesem Zweck abgesandt sind und weitere Sendungen bevorstehen. Am meisten aber fürchten die Engländer die heimliche Rückkehr der alten fenischen Agitatoren in die von den jetzigen Unruhen ergriffenen Gegenden. Man fürchtet für den Winter den Ausbruch einer förmlichen Revolution, und es sind deshalb Truppenverstärkungen nach dem Hauptsitz der Bewegung, der Grafschaft